

Wildbader

Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1.30 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Bereich monatlich 1.36 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Circulation Nr. 30 bei der Oberamtspoststelle Reudelitz Zweigstelle Wildbad. — Postkonto: Enzthalbote Hubert & Co., Wildbad; Wofcheimer Gewerbetreibende Filiale Wildbad. — Postkontonummer 291 74 Stuttgart. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile ober dem Raum im Regel-Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Restausgabe 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anzeigenentwurf werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Anzeigenfällen oder wenn gerichtliche Betreibung notwendig wird, fällt jede Rücksichtnahme weg. Graf. Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstraße 88, Telefon 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 149

Febru 479

Mittwoch, den 29. Juni 1932

Febru 479

67. Jahrgang.

„Kompensationen“

Die Verhandlungen der Lausanner Konferenz sind jetzt beschränkt sozusagen auf den Kern der ganzen Veranstaltung: die Ueberbrückung des deutsch-französischen Gegenjages. Die Bemühungen Mac Donaldis haben über das diktirte Tributmoratorium hinaus keinen Erfolg gehabt. Nach der direkten Aussprache zwischen dem deutschen Reichsfinanzminister und dem französischen Ministerpräsidenten hatten beide Herren zunächst in Berlin und Paris ihre Ministerkollegen unterrichtet und sich über die politische Situation in der Heimat vergewissert. Herr von Papen kann nur in Berlin bestätigt gefunden haben, daß ein Falllassen der Forderung auf Tributstreichung weder von seiner noch von einer anderen lebensfähigen deutschen Regierung verantwortet werden kann. Herr Herriot dürfte in Paris auch nicht gerade zur Nachgiebigkeit angeflößt worden sein. Inzwischen haben die Botschaften zwischen dem deutschen Reichsfinanzminister und seinem französischen Kollegen weiteren Ausgleichsbemühungen den Weg zu bereiten gesucht. Man kann den deutschen Standpunkt, wie er jetzt in Lausanne vertreten wird, dahin umschreiben, daß Deutschland nach wie vor die völlige Tributstreichung verlangt, dafür aber zu tätiger Mithilfe am europäischen Wiederaufbau sich bereit erklärt.

In diesem „dafür“ liegt das Entgegenkommen für Frankreichs Kompensationswünsche. Ueber die Möglichkeit von Kompensationen sind jetzt Verhandlungen im Gange. Die Dinge sind aber nicht so weit gediehen, als daß Frankreich sich bereits mit der Tributstreichung abgefunden hätte. Im Gegenteil, Frankreich erkennt zwar die gegenwärtige Zahlungsunfähigkeit Deutschlands an, gesteht jahrelange Stundung zu, aber verlangt eine Abschlußzahlung, sobald es Deutschland besser geht. Auf das Wort „Reparationen“ wird aber kein Wert mehr gelegt. Ebenso ist es den Franzosen sachlich gleichgültig, ob die Abschlußzahlung durch anderweitige Leistungen Deutschlands in Form sogenannter Kompensationen abgegolten wird. So mühen die Lausanner Besprechungen mandymal an, als ob man mit vieler Not und Mühe einen Laibfeind durch die Wahl neuer, harmloserer Bezeichnungen verschleiern wolle.

Immerhin, es wird direkt zwischen Deutschland und Frankreich verhandelt, auf sachlicher Grundlage. Fragt sich nur, ob es eine tragbare Grundlage ist. Da stellt sich die Frage, ob überhaupt unter den gegebenen Voraussetzungen zur Zeit ein deutsch-französischer Ausgleich möglich ist. Wir können uns nicht mit Frankreich vergleichen, indem wir uns dem Willen zur Vorherrschaft Frankreichs unterwerfen und ohnedem bei diesem Handel nur ganz unbedeutende Gegenleistungen herauszuschlagen. Denn welche französische Regierung wäre wohl heute bereit, die Saarfrage in einer uns befriedigenden Weise zu lösen, uns nur einigermaßen vernünftige Ostgrenzen zuzubilligen und unseren Anspruch auf Rüstungsgleichheit anzuerkennen?

Rum braucht die Unmöglichkeit einer Generalvereinbarung eine Teilvereinbarung nicht ohne weiteres auszuschließen. Aber wie sehen die angeblich möglichen Kompensationen aus? Die deutsch-französischen Handelsvertragsbeziehungen sollen im Geiste der Zusammenarbeit neu geregelt werden. Das ist noch verhältnismäßig am leichtesten zu bewerkstelligen, wenn auch schon bei solchen Unterfangen schärfste deutsche Wachsamkeit geboten ist. Des weiteren, es soll eine gemeinsame Hilfskasse für die nothleidenden Länder Europas gebildet werden. Deutschland soll im Rahmen des Möglichen dazu beisteuern. Zunächst klingt das einigermaßen paradox, da doch Deutschland selbst zu den nothleidenden Ländern Europas gezählt werden müßte. Aber es ist immerhin nicht ausgeschlossen, daß die Franzosen hier ihnen behagende Lösungen wittern. Wenn Deutschland eine höhere Anteilsquote als den anderen beteiligten Ländern zugemessen würde, so könnte die überhöhte Quote in etwas die Abschlußzahlung ersetzen. Hier liegen sehr große Gefahren, daß die deutsche Regierung um eines Scheinerfolges, der nur das Wort, nicht aber die Sache befeitigt, Zugeständnisse gewährt, deren Tragweite unübersehbar ist. Es könnte Deutschland sehr teuer zu stehen kommen, wenn es beispielsweise eine Blankoverpflichtung zu Nachschüssen in die geplante Intereuropäische Hilfskasse übernehmen sollte.

Die Anerkennung einer weiteren Tributverpflichtung ist heute unmöglich. Es fragt sich, ob um einer endgültigen Regelung willen Geldopfer zu anderen als ausdrücklichen Tributverpflichtungen verantwortet werden können. Es ist einigermaßen schwer, eine eindeutige Antwort darauf zu geben. Der Zwang zu Tributleistungen hat einen moralischen Druck erzeugt, der ein für alle Male abgeschüttelt werden muß. Wenn nur Frankreich das Problem so stellt, daß durch ein späteres, begrenztes Geldopfer zum gemeinsamen Besten Europas die Tributfrage ausgeräumt werden könne, so berührt das an und für sich nicht mehr die Ehre, wofür die Ehrlichkeit der Neuregelung über alle Zweifel feststünde. Dieser Punkt muß in Lausanne erörtert und geprüft werden. Deutschland kann das verlangte Entgegenkommen nur dann zeigen, wenn nicht die Franzosen uns, sondern wir den Franzosen die politischen Bedingungen stellen: Anerkennung des deutschen Anspruchs auf Rüstungsgleichheit und alsbaldige Lösung der Saarfrage!

Tagespiegel

Der Herr Reichspräsident empfing heute den Reichsminister des Innern, Fehr. v. Csapl zum Vortrag über die schwebenden innerpolitischen Fragen.

Bei den politischen Anträgen in Leipzig, in denen die Polizei beschossen wurde und hierauf die Schußwaffe anwenden mußte, wurde ein 55jähriger Invalide tödlich in die Lunge getroffen.

Aus Anlaß der 13. Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung des Versailler Diktats hat Landtagspräsident Görner angeordnet, daß die Reichs- und Landesflaggen des Landtagsgebäudes auf Halbmaß zu setzen sind. Die Flaggen sind mit einem Trauerwimpel versehen.

Der Anstifter des Mordes an dem japanischen Ministerpräsidenten Inukai, der Führer einer geheimen Organisation, Tajshibana, der nach der Ermordung des japanischen Ministerpräsidenten geflüchtet war, hat sich selbst der japanischen Polizei gestellt.

Im Reichsrat wurde ohne Aussprache der Reichssetat für 1932 in der Fassung der Vorschläge der Ausschüsse angenommen.

Die nationalsozialistische bayerische Landtagsfraktion fordert in einer Erklärung an den Landtagspräsidenten die Neubildung der bayerischen Staatsregierung.

Der sächsische Landtag hat einen kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung mit 44 gegen 27 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Ergebnislose Verhandlungen

Die deutsch-französische Besprechung in Lausanne

Lausanne, 28. Juni. Bei Schluß der gestrigen Nachmittagsitzung, die von 16.30 Uhr bis 19.40 Uhr dauerte, wurde folgende Erklärung ausgegeben:

„Die deutsche und die französische Delegation sind neuerdings am Montag, den 27. Juni, nachmittags 16.30 Uhr, zusammengetreten. Der Reichsfinanzminister hat die Gründe auseinandergesetzt, die nach seiner Ansicht zugunsten einer Streichung der Reparationen sprechen, sowie die ersten Maßnahmen, die er für den Wiederaufbau Europas gegeben sieht. Der Reichsfinanzminister hat die Ausführungen des Reichsfinanzministers erläutert und von einem allgemeinen Standpunkt aus ergänzt.

Der französische Ministerpräsident hat die Vorbehalte gemacht, die er für nötig hielt.“

Die Unterhaltungen werden Mittwoch vormittag 10 Uhr wieder aufgenommen werden.

Vertagung?

London, 28. Juni. Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ in Lausanne meldet, die französische Regierung solle ziemlich unbefriedigende Nachrichten aus Washington über die Haltung der amerikanischen Regierung in der Kriegsschuldenfrage bekommen haben. Deswegen habe sie ihre seit voriger Woche eingenommene Position wieder aufgegeben. Wahrscheinlich werde die Konferenz sich Anfang nächster Woche vertagen, mit der Begründung, daß die deutschen Vorschläge von einem technischen Ausschuss geprüft werden müßten.

Der Havasagentur wird aus Lausanne über die gestrige Aussprache zwischen der deutschen und der französischen Delegation u. a. gemeldet, die dritte Zusammenkunft der französischen und der deutschen Delegation habe nicht die Ergebnisse gebracht, die die Begegnungen von Freitag voriger Woche erwarten ließen. Die offizielle deutsche These, so wie sie gestern endgültig vorgebracht worden sei, enthalte für Frankreich die Annullierung seines Reparationsanspruches und eine direkte Aufforderung, den größten Teil der Kosten für den europäischen Wiederaufbau zu tragen. Allen denen, mit denen Reichsfinanzminister v. Papen in Lausanne gesprochen habe, habe es erschienen, daß er die Lösung des Reparationsproblems im Rahmen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas suchen wolle. Die Sonderberichterstatter der französischen Presse bestätigen in großen und ganzen die Ausführungen der Havasagentur. Der Außenpolitiker des „Matin“ schreibt: „Alles in allem muß man von einem schlechten Tag, einem eindeutigen Stillstand aller Hoffnungen sprechen, die man auf eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich habe setzen können.“

Der Sonderberichterstatter des „Journal“ glaubt, daß Reichsfinanzminister v. Papen in Berlin bestimmt worden sei, sich auf nichts einzulassen. Der Lausanner Berichterstatter des „Paris“ vertritt ebenfalls die Ansicht, daß die Einstellung der deutschen Delegation durch den Aufenthalt des Reichsfinanzministers in Berlin wesentlich beeinflusst worden sei. Die Situation sei wenig ermutigend. Das Blatt wirft England vor, die deutsche These nicht unwesentlich begünstigt zu haben.

Die Länder gegen das Reich

Berlin, 28. Juni. Zu der Zusammenkunft der Länderminister in Berlin berichtet die Germania, daß die Minister zu der bevorstehenden ergänzenden Notverordnung der Reichsregierung bezüglich der generellen Aufhebung des Uniform- und Demonstrationverbotes von Seiten der Länderregierungen eingehend Stellung genommen haben. Dabei habe sich völlige Einmütigkeit darüber ergeben, daß die Länder die von der Reichsregierung geplanten Maßnahmen ablehnen. Gegen die Bestimmungen der neuen Notverordnung seien die schwersten Bedenken erhoben worden; die Verantwortung für das in der Notverordnung Geplante werde der Reichsregierung überlassen.

Die Vossische Zeitung teilt außerdem mit, daß die preussische Regierung unmittelbar nach Erlass der Reichsverordnungen eine Durchführungs-Verordnung herausbringen wird, die darauf hinweisen wird, daß eine Änderung des gegenwärtigen Zustandes insofern eingetreten sei, als an Stelle des bisherigen Verbotes von Demonstrationen nur die generelle Zulassung die Grundlage sei, von der aus die nachgeordneten Behörden ihre Stellungnahme zu Demonstrationsbegehren einzurichten haben.

Es sei wohl selbstverständlich, so wird dem Blatt zufolge, in preussischen Kreisen gesagt, daß es die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung den maßgebenden Behörden zur Pflicht mache, nicht an ein und demselben Tage bzw. zur Demonstrationen stark gegnerisch eingestellter Parteien zuzulassen.

Der Innenminister hat den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ersucht, möglichst bald eine Konferenz der mit der staatlichen Landwirtschaftsverwaltung betrauten Minister der Länder einzuberufen. Auf dieser Tagung sollen Fragen der Eindringung der Ernte und Erntefinanzierung, Kredit, Zinsfragen sowie die Förderung des Absatzes der Milchzeugnisse usw. erörtert werden. Auch der Schutz der Holzwirtschaft und die Ausdehnung der Dampfbahn auf Bayern müsse Gegenstand der Verhandlungen sein.

Wie lange noch?

Berlin, 28. Juni. Tagtäglich muß eine Verlustliste des innerpolitischen Kampfes herausgegeben werden. Tagtäglich gibt es Tote und Verwundete in allen Teilen Deutschlands. So liegen auch heute wieder Meldungen über politische Zusammenstöße mit dem Ergebnis einer mehr oder minder großen Zahl von Verletzten aus Berlin, Hertz, Chemnitz und Opatowitz vor; in Leipzig wurden von den Kommunisten und Reichsbannerleuten anlässlich eines nationalsozialistischen Umzugs sogar Barrikaden errichtet. Dort ist auch wiederum ein Todesopfer zu verzeichnen. Die Zeitungen der Linken pflegen in bewußter Tendenz alle diese Nachrichten unter das Motto zu stellen: Die Folgen des aufgehobenen Uniform-Verbotes. Die Sozialdemokratie hat sogar die Stirn gehobt, diese Unterstellung anlässlich eines Empfanges beim Reichsinnenminister, der gestern stattfand, gewissermaßen amtlich vorzubringen. Ist das wirklich so? Nein! Prüft man die Fälle, um die es sich handelt, im einzelnen nach, so lassen sie sich alle immer wieder auf den linksradikalen Terror und in der übergroßen Mehrzahl der Fälle auf kommunistische Wählarbeit zurückführen. Wir haben auch während der Zeit des Uniform-Verbotes Tote und Verwundete im innerpolitischen „Meinungskampf“ zu beklagen gehabt. Leider sind die Schuldigen nicht immer festzustellen gewesen. Aber es ist jedem Klarschauenden schon seit langem zweifelsfrei, daß die Parole: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“, hier ihre blutigen Früchte trägt. Wie lange soll diesem Treiben noch zugeesehen werden?

Vier Jahre Zuchthaus für Sklarek

Urteil im 123. Verhandlungstag

Am Dienstag, dem 123. Verhandlungstage, pünktlich um 11 Uhr vormittags, verhandelte die Große Strafkammer beim Landgericht I unter Vorsitz des Amtsgerichtsrat Reiter das Urteil im Sklarekprozeß. Es wurden verurteilt:

Leo Sklarek und Will Sklarek wegen Betruges, zum Teil in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung und wegen Betruges in weiteren acht Fällen unter Freilassung von der Anklage des Konkursverbrechens und des Konkursvergehens und der Anstiftung der schweren Untreue zu je 4 Jahren Zuchthaus;

Stadtbankdirektor Schmidt wegen schwerer passiver Bestechung zu 4 Monaten Gefängnis;

Stadtbankdirektor Hoffmann wegen schwerer passiver Bestechung zu 3 Monaten Gefängnis;

Bürgermeister Kohl wegen schwerer passiver Bestechung zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis;

Bürgermeister Schneider wegen schwerer passiver Bestechung zu 4 Monaten Gefängnis;

Stadtrat Gabel wegen schwerer passiver Bestechung zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis;

Stadtrat Degener wegen schwerer passiver Bestechung zu 6 Monaten Gefängnis;

der Stadtmagistrat Sakoloffi wegen schwerer passiver Bestechung und schwerer Untreue in 2 Fällen zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis;

der Buchhalter Lehmann wegen Beihilfe zum Betrug und schwerer Urkundenfälschung zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis;

der Buchhalter Tusch wegen Beihilfe zum Betrug zu 6 Monaten Gefängnis;

und der Diplomat Kaufmann Luding wegen schwerer passiver Bestechung zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis.

Die Angeklagten nahmen das Urteil mit Fassung auf, nur Leo Sklarek weinte.

Die Urteilsbegründung

Landgerichtsdirektor Kestner begründete das Urteil im Sklarekprozeß und führte dabei u. a. aus:

In wenigen Wochen sind drei Jahre seit der Aufdeckung des Prozeßstoffes vergangen. Rund acht Monate und 123 Verhandlungstage wurden gebraucht. Mit den Sklareks allein wäre die Verhandlung in weitaus kürzerer Zeit beendet worden. Aber es waren unendlich viele Vorgänge nachzuprüfen. Gerade bei diesen Delikten kam es entscheidend darauf an, die Menschen kennen zu lernen. Das trifft besonders auf die Beschuldigten der Stadtbank zu. Dem Urteil kommt keine andere Bedeutung zu als jedem anderen Urteil. Folgerungen, die aus dem Prozeß noch zu ziehen sind, waren nicht Sache des Gerichtes. Der Vorsitzende ging dann auf den Tatbestand ein. Die Sklareks hätten keinen Anspruch auf Kredit gehabt.

Sie wollten sich bereichern. Sie gaben wertlose Wechsel in Höhe von 18 Millionen und wertlose Schecks in Höhe von 180 Millionen. Sie täuschten einen nicht vorhandenen Umsatz vor, der für die Höhe der Kredite maßgebend war. Sie haben falsche Bücher durch ihre Angestellten Lehmann und Tusch anlegen lassen und gaben bei Revisionen falsche Erklärungen ab.

Die Direktoren der Stadtbank sind getäuscht worden. Es kann keine Rede davon sein, daß sie mit Sklarek gemeinsame Sache gemacht haben, sonst hätten die Sklareks keine falschen Angaben ihnen gegenüber zu machen brauchen. Die Angaben der Sklareks, daß sie nichts beiseite geschafft haben, können nicht widerlegt werden. Es ist festzustellen, daß die Sklareks Forderungen an die Beamten gemacht haben. Für sie handelte es sich darum, das Wohlwollen der Beamten zu erlangen. Die Sklareks haben nach einem bestimmten, gemeinsam ausgearbeiteten Plan gehandelt. Auch Leo und Willy Sklarek habe getübelt, daß Geschäftsgelder zu Bestechungszwecken verwendet wurden. Die Sklareks waren entschlossen, den Beamten fortlaufend Vorteile zu gewähren, um sie für ihren Willen zu gewinnen.

Was die passive Bestechung der einzelnen Beamten anbelangt, so hat das Gericht einzelne Grundsätze aufgestellt, aus denen heraus die Beamten zu verurteilen waren. Es war zu berücksichtigen, daß die Entnahmen der Sklareks für ihren persönlichen Bedarf im Verhältnis zu ihrem enormen sonstigen Verbrauch recht geringfügig waren. Bei Schmitt und Hoffmann ist angenommen worden, daß sie Zahlung leisten wollten. Aber sie wollten nur zahlen, wenn es ihnen paßte. Ferner ist die soziale Stellung der Angeklagten berücksichtigt worden. So konnte bei einem als Anwendung gelten, was bei dem anderen als Bestechung angesehen werden mußte.

Der Vorsitzende ging dann die Straffälle der einzelnen Angeklagten ausführlich durch. Sehr ausführlich behandelte er die Darlehensverträge, die Gabel ausgearbeitet und zum Teil auch unterzeichnet hat, und endlich auch die bestimmungswidrigen Anweisungen, die Degener traf, wobei er auch die Stadtverordneten zugunsten der Sklareks zu beeinflussen suchte.

Die Angeklagten Schmidt und Hoffmann sind gleich verantwortlich angesehen worden. Die Pflichtwidrigkeit der beiden Direktoren umfaßt einmal die Bewilligung des Kredites und zweitens die Ueberwachung des Kredites. Der Vorwurf kann ihnen nicht erspart werden, daß sie schnell und ohne viel zu fragen, die Kredite gegeben haben. Die Stadtbank hat gänzlich versagt.

Bei der Straßzumessung ließ sich das Gericht von dem Bestreben leiten, jedem Angeklagten gerecht zu werden, ohne Rücksicht auf die öffentliche Meinung. Allen verurteilten Beamten muß der Vorwurf gemacht werden, daß sie nicht stark genug waren, den Versuchungen zu widerstehen. Alle Angeklagten sind nicht vorbestraft. Bei den Beamten ist das eine Selbstverständlichkeit, bei Sklarek vielleicht nur ein Zufall. Es waren schwerste Strafen notwendig.

Biel Lärm um nichts

Eine fünfstündige Landtags-Sitzung

Stuttgart, 28. Juni. In der heutigen Sitzung des Landtags erschienen fünf Nationalsozialisten wieder in Uniform. Das führte im Anschluß an den Bericht des Abg. Maier (Dem.) über die Beratungen des Sonderausschusses für Geschäftsordnungsfragen zu einer erneuten Aussprache über die Uniformangelegenheit. Der Abg. Köhler (Komm.) beantragte erneut ein Verbot des Tragens der nationalsozialistischen Uniform im Landtag. Der Abg. Pflüger (Soz.) sprach von Wortbruch, Theater und Unfug. Seine Partei halte an dem Verlangen einer Änderung der Geschäftsordnung fest. Der Abg. Andre (Z.) sprach gleichfalls von einem Bruch des Abkommens, fügte aber hinzu, daß man jetzt arbeiten und die Uniformfrage nicht weiter berühren wolle. Der Abg. Dr. Jonathan Schmid (NS.) verwahrte sich gegen den Vorwurf des Wortbruchs, während der Abg. Dr. Maier (Dem.) das Verhalten der Nationalsozialisten illegal benannte. Der Abg. Dr. Schott (DR.), der sich im Sonderausschuß mit dem Christlichen Volksdienst um die Herbeiführung einer Verständigung bemüht hatte, erklärte, das Erscheinen in Uniform sei zwar nicht gerade nötig, aber wenn die Nationalsozialisten Freude daran hätten, dann solle man sie ihnen lassen. Der kommunistische Antrag wurde sodann an den Sonderausschuß überwiesen.

Das Änderungsgezet zum Gemeindefeuergesetz (Zivilsteuer) wurde ohne Debatte in 1. Lesung sofort dem Steuerausschuß überwiesen.

Abg. Böhner (NS.) erstattete dann den Bericht des Finanzausschusses über die verschiedenen Anträge betr. Hilfe für die Unwettergeschädigten. Abg. Dier (NS.) erklärte die Ausschlußbeschlüsse für unzulänglich und beantragt namens der nationalsozialistischen Fraktion, die Unwettergeschädigten zu 75 Prozent der amtlichen Schätzung aus der Staatskasse zu erlösen. Staatspräsident Dr. Volz:

Nach einer vorläufigen Gesamtschätzung beträgt der Schaden 3 Millionen, davon 2 Millionen Hagelschaden. Davon ist wieder 1 Million nicht versichert. Jetzt werden die einzelnen Gesuche behandelt. Dann erst kann die Summe festgestellt werden, die der Staat der Zentralleitung überweist.

Abg. Dr. Ströbel (BB.): Der nationalsozialistische Antrag muß zuerst im Ausschuß behandelt werden. Abg. Hermann (Z.): Es darf nichts überstürzt werden. Die Gesuche müssen alle geprüft werden.

Bei der Abstimmung werden die nationalsozialistischen und kommunistischen Anträge dem Finanzausschuß überwiesen. Annahme findet der Finanzausschußantrag.

Zur Behandlung kommen nun die zwei Großen nat.-soz. Anträge betr. **Einsparung der drei süddeutschen Ministerpräsidenten beim Reichspräsidenten** und betr. **Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel in Verbindung mit den kommunistischen Anträgen** betr. **Einschränkung der Versammlungsfreiheit**, betr. **Verbot des Roten Frontkämpferbundes und Auflösung kommunistischer Organisationen**.

An Regierungstisch sieht das gesamte Staatsministerium. Die erste Große nat.-soz. Anfrage betr. Schritt beim Reichspräsidenten begründet Abg. Dr. Jonathan Schmid (NS.). Abg. Dr. Pfanenschwarz (NS.) begründet die zweite Große nat.-soz. Anfrage betr. **Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel**. Staatspräsident Dr. Volz führt zur Beantwortung aus: Die Begründung der zwei Großen Anfragen war sehr sanft. Vorläufig muß ich auf meinem Posten aushalten, unbekümmert um alle Angriffe. Es ist ein billiges Vergnügen, über die geschäftsführende Regierung zu wipeln. Die letzte geschäftsführende Regierung ist die versammlungsmäßige mit allen Rechten und Pflichten. Dem Reichspräsidenten haben wir zuerst unsere Befürchtungen vorgetragen, daß Uebergriffe gegenüber den Vätern bedenklich könnten. Die zweite Sorge war, daß wir befürchten, es könnten noch mehr als bisher die wirtschaftlichen Interessen von Süddeutschland benachteiligt werden, zumal da besonders das kleinere und mittlere Gewerbe und die Landwirtschaft im Süden notleidet gegenüber der Großindustrie und den Großagrarern im Norden. Der dritte Grund unseres Schrittes war das SA-Verbot.

Es kam dann anscheinend wieder zu einer Geschäftsordnungsdebatte, wie sie in der letzten Zeit häufig sind. Weiter sprachen die Kommunisten, der deutschnationale Abgeordnete Dr. Schott, der zum mindesten die demonstrativ wirkende Absendung des Telegramms für recht merkwürdig hielt.

Eine Abstimmung erfolgte nicht. Nächste Sitzung am Donnerstag nachmittags 4 Uhr. Am Freitag ist eine Doppelsitzung vorgesehen. Auch am Samstag wird das Plenum noch tagen.

Neue Nachrichten

Das Genfer Delegationsmitglied Dr. Norden †

Genf, 28. Juni. Dr. Fritz Norden, der — wie gemeldet — am Sonntag von einem Motorradfahrer angefahren wurde, ist heute seinen schweren Verletzungen erlegen. Die deutsche Delegation verlor in Dr. Fritz Norden, der seit sieben Jahren den Abordnungen der deutschen Regierung in Genf angehört und auf fast allen internationalen Konferenzen der Nachkriegszeit als juristischer Sachverständiger und Dolmetscher der deutschen Delegation mit großem Erfolg wirkte, einen hochgeschätzten Mitarbeiter.

Die Salzsteuer

Berlin, 28. Juni. Laut Mitteilung des Reichsfinanzministeriums tritt die Salzsteuer am 16. Juli d. Js. in Kraft. Sie beträgt 12 Reichspfennig für ein Kilogramm und wird beim Salzwerk erhoben. Steuerpflichtig ist nur das Speisesalz. Salz zu gewerblichen Zwecken ist, wie früher steuerfrei, in der Regel nach zuvoriger Denaturierung. Für Ausfuhr bestimmtes Salz ist ebenfalls von der Steuer befreit. Die Steuerüberwachung der Salzwerke beschränkt sich lediglich auf eine Buchkontrolle.

Selbstmord von zwei Bankiers

Berlin, 28. Juni. Wie jetzt erst bekannt wird, haben in den letzten Tagen zwei in Berliner Börsenkreisen bekannte Bankiers durch Selbstmord ihrem Leben ein Ende gemacht. In einem Hotel unter den Linden erschloß sich der Bankier Landsberg, ein Bruder des Berliner Vertreters der Frankfurter Bank J. Dreßfus. Landsberg war vor einiger Zeit wegen krankhaftem Alkoholismus von seiner Frau geschieden worden. In hinterlassenen Briefen gibt er auch diese Sucht als Motiv an. Der zweite Bankier, der Selbstmord verübt hat, ist der frühere Inhaber der Berliner Bankfirma Schlesinger, Trier u. Co., Siegfried Baer. Er hat sich wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten mit einem Schlafmittel vergiftet.

Rosenberg gerechtfertigt

München, 28. Juni. In dem Prozeß, den der Hauptkriminalleiter des bayerischen Beobachters, Rosenberger, gegen die verantwortlichen Schriftleiter Raker vom 12-Uhr-Abendblatt in Berlin, Günther von der Leipziger Volkszeitung, Ludwig von der Volkswacht für Schlesien, Taro von der Berliner Volkszeitung und Goldschagg von der Münchener Post angestrengt hatte, ist heute das Urteil ergangen. Der vier ersten Schriftleiter wurden wegen übler Nachrede zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt, Goldschagg zu einer Geldstrafe von 5 Mark. In der Begründung wird u. a. bemerkt, daß die Behauptungen in dem der Verhandlung zugrunde liegenden Artikel, Alfred Rosenberg sei während des Weltkrieges in französischen Diensten gewesen und habe gegen Deutschland Spionage getrieben, nicht erwiesen sind.

Dr. Heim über sein Interview

München, 28. Juni. Die Bayerische Staatszeitung berichtet auf Grund von Informationen, die sie bei Geheimrat Dr. Heim auf Grund des Interviews gegenüber dem Sonderberichterstatter des „Daily Express“ eingeholt hat. Dr. Heim habe erklärt, daß er stets Gegner der Weimarer Verfassung gewesen sei und vom ersten Tage der Revolution an offen seine monarchistische Gesinnung bekannt habe. Die Lösung der monarchistischen Frage in Deutschland sei nur bei Beseitigung der gegenwärtigen Verfassung möglich. In diesem Zusammenhang habe er wohl von der bayerischen Bevölkerung und von seinen Parteifreunden gesprochen, mit keinem Worte aber die bayerische Regierung erwähnt. Die Angaben des Interviewers Delmer darüber seien völlig aus der Luft gegriffen.

Fünf Todesurteile in Moskau

Moskau, 28. Juni. Nach sechstägiger Verhandlung ist ein Prozeß zu Ende gegangen, in den 23 Angestellte der Moskauer staatlichen Kleinhandelsgeschäfte, darunter der stellvertretende Leiter, angeklagt waren. Die Anklage lautete auf Waren- und Gelddiebstahl, ungesetzliche Preiserhöhung und Verforgung der Spekulant mit Kontingentwaren. In fünf Monaten sollen die Angeklagten den Staat um eine Million Rubel geschädigt haben. Das Gericht verurteilte fünf Angeklagte zum Tode durch Erschießen. Sieben weitere Angeklagte erhielten zehn, die übrigen drei 5 Jahre Gefängnis.

Verrat an Woltmann

Von G. Panstingl.

Copyright 1932, by Dr. G. Panstingl, The Hague, Holland.

34. Fortsetzung

Nachdruck verboten.

Woltmann hatte den Zug kommen hören. Er drückte sich in eine Nische mit der Statue irgendeines heiligen an einer Ecke, wo zwei Häuser zusammenstießen. So ließ er die Spitze des Zuges vorbeiziehen. Dann trat er mit einem raschen Schritt vor und reichte sich ein. Es gab erstaunte Gesichter und einer fragte:

„Woher kommst denn du?“

Woltmann gab im groben Dialekt die Antwort:

„Ich bin vom Transport ausgerissen. Habt ihr Platz für mich?“

Die Erklärung war glaubwürdig. Omsk war die größte Durchgangsstation in Westsibirien. Da kamen immer Gefangenentransporte durch.

Einer der Männer vor ihm drehte sich um.

„Was bist du denn?“

Ohne einen Augenblick zu zögern, sagte Woltmann:

„Kutscher und Chauffeur.“

„Als Chauffeur kannst du doch mit Werkzeug umgehen?“

Unbedenklich behauptete Woltmann, der ja tatsächlich unter Leitung des Chauffeurs seines Vaters eine ganz gründliche Kenntnis des Autos erworben und häufig bei Reparaturen mitgeholfen hatte.

„Na, dann geht's ja. Wir gehen in die staatlichen Eisenbahnwerkstätten.“

Woltmann erinnerte sich, davon gehört zu haben. Dicht beim Omsker Bahnhof waren langgestreckte Hallen. Dort

war eine der größten Reparaturwerkstätten der transsibirischen Linie. Das war nicht ungünstig. Mit Hammer, Zange und Feile konnte er umgehen.

Sein Nachbar begann ihn auszufragen. Aber Woltmann war gut vorbereitet. Er erzählte, daß er Anton Erzinger heiße und erst in einem Dorf an der Wolga in einer Wagenschmiede gearbeitet habe, dann krank geworden und nach seiner Genesung auf den Transport geschickt worden sei. Nach Baikal in Ostsibirien! Unterwegs hätten sie so gehungert, daß er sich entschlossen habe, sich zu drücken. In der Nacht seien sie in Omsk angekommen, und er sei weggelaufen.

Das war alles.

Wieder wandte sich sein Vordermann um.

„Du kannst natürlich mit uns gehen! Wir sind sowieso um zwei Mann zu wenig, die im Spital sind. Heute wird das nicht auffallen, weil sie uns beim Weggehen wieder einmal nicht gezählt haben. Es ist ja eine schlampertige Sawirtschaft bei diesen Russen, aber ganz sicher ist es doch nicht, daß sie nicht dahinterkommen. Kennst du dich an der Drehbank aus?“

Woltmann verneinte.

„Na, dann gehst du halt mit dem Wögerer an die große Bohrmaschine. Da mußt du nur das tun, was der Wögerer sagt. Das ist eine einfache Arbeit.“ Dann wandte er sich an seinen Nachbar.

„Und den Fischl, den stellen wir wieder an die Drehbank.“

„Gut, herr Feldwebel!“

So, das war also der Führer der Leute! Woltmann beschloß, sich mit dem Mann, der überdies einen recht günsti-

gen Eindruck machte und sich hilfsbereit zeigte, auf guten Fuß zu stellen. Eben drehte der sich wieder um und sagte:

„Kinder, macht kein Aufsehen wegen des Neuen. Sagt es nach rückwärts durch. Keiner soll sich um ihn kümmern. Nach's, als ob er zu uns gehörte.“

Und so geschah es auch. Eine schwache, halbe Stunde später stand er neben Wögerer an einer übermannshohen Bohrermaschine und half beim Bohren. Er reichte die Bohrstücke zu und schichtete die fertiggewohnten auf der anderen Seite auf. Im Anfang war er unvorsichtig und faßte das gebohrte Stück in der Nähe des Bohrloches. Aber dort war es so heiß, daß er es wieder fallen ließ.

Wögerer grinste vergnügt und reichte ihm einen Fehenschiff — voll von Maschinensett.

„Schmier' dir die Finger mit Fett ein. Dann kriegt die keine Brandblasen!“

Woltmann befolgte den Rat, der wirklich sehr zweckmäßig war.

Nach einer Stunde machte Wögerer eine Pause, um die stumpfen Bohrer wieder zu schleifen. Das war eine schwierige Arbeit, von der Woltmann nichts verstand.

In der kurzen Frühstückspause kam der Feldwebel zu ihm und sagte:

„Na, Erzinger, wie geht's mit der Arbeit?“

Woltmann schmerzten die Arme schon gehörig, da die Bohrstücke, die er anzureichen hatte, doch viel schwerer waren als die Gießkanne, mit der er im Spital geübt hatte. Er beklagte sich aber nicht und erklärte, daß er recht zufrieden sei.

„Hast du nichts zu essen mit?“

Fortsetzung folgt.



London, 28. Juni. Das deutsche Großflugzeug G 38 ist heute mit 30 Passagieren an Bord zum ersten Mal auf englischem Boden in Crondon gelandet.

Berwegener Raubüberfall

Hamburg, 28. Juni. Heute mittag zwischen 12 und 12.30 Uhr drangen in den Kassenraum des Verwaltungsgebäudes der Wöermann-Linie drei Banditen und erpressten mit vorgehaltenen Revolvern von dem überraschten Kassierer die gesamten für die morgige Lohnzahlung bestimmten Gelder, die eine Höhe von 50 000-70 000 RM betragen sollen.

Württemberg

Stuttgart, 28. Juni.

Stratosphärenflug. Der Versuchsballon von Professor Regener ist nach 2 Stunden 50 Minuten Flugzeit in Gerstetten O.A. Heidenheim gelandet.

Krankheitsstatistik. In der 24. Jahreswoche vom 12 bis 18. Juni wurden in Württemberg folgende Fälle von gemeingefährlichen und sonstigen übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet: Diphtherie 9 (tödlich -), Kindbettfieber 1 (-), Lungen- und Kehlkopf tuberkulose 12 (9), Scharlach 52 (-), Typhus 3 (-), Paratyphus 6 (-), Spinale Kinderlähmung 1 (-).

Das erste Urteil. Am Dienstag vormittag wurde im Prozess Heynau zunächst das Urteil im abgetrennten Verfahren gegen den Angeklagten Weigold verkündet.

Das leidige Ueberholen. Ein Motorradfahrer aus Tübingen versuchte in der Böblingerstraße einen Mercedeswagen zu überholen und stieß dabei mit einem entgegenkommenden Lieferwagen zusammen.

Schuss auf einen Nationalsozialisten. Der Polizeibericht meldet: In der Nacht zum Montag wurde ein Nationalsozialist, der mit Parteigenossen auf dem Schießplatz Palmenwald die dort von einem Schützenfest am Sonntag übriggebliebenen Vorräte zu bewachen hatte, aus einem Gebüsch von hinten angeschossen.

Vom Tage. Von einer Arbeitergruppe, die mit dem Reinigen eines vier Meter tiefen Schachtes beschäftigt war, stürzte einer rücklings 3,5 Meter tief ab und verschwand im Sumpf des Schachtes.

In selbstmörderischer Absicht brachte sich in einem Hause der Gubrodstraße ein 22 Jahre alter Mann mit einer Rasierklinge Schnittverletzungen am linken Handgelenk bei.

Württ. Landesverein vom Roten Kreuz. Im Jahresbericht für das 68. Geschäftsjahr 1931 stellt der Württ. Landesverein vom Roten Kreuz fest, daß der Stand seiner Mitglieder auf der alten Höhe geblieben ist.

Vorsicht bei Erteilung von Bauaufträgen. Viele wissen nicht, daß die sog. Schwarzarbeiter den sozialen Unfallversicherungsschutz auch genießen und daß die Auftraggeber verpflichtet sind, die Versicherungsbeiträge zu bezahlen.

Aus dem Lande

Kemnat O.A. Stuttgart, 28. Juni. Blutige Ehe. Tragödie. Am Sonntag drang der wegen ehelichen Zerwürfnissen getrennt lebende und in Weningingen wohnhafte

Glipfer Gottlieb Lüh in seine frühere Wohnung in Reinitz ein, nachdem ihm seine Frau, in der Annahme, ihr Bruder wolle Einlaß, geöffnet hatte.

Ehlingen, 28. Juni. Ratten am Redar. Das gespeicherte Wasser und die ausgeworfenen Dämme haben die Ratten veranlaßt, sich in größerer Zahl in der Gegend des Stauwehres anzusiedeln.

Ludwigsburg, 28. Juni. Ehrung. Der 150 000 ehemalige Kriegsteilnehmer umfassende österreichische Reichskameradschafts- und Kriegerbund hat den in Ludwigsburg lebenden österreichischen Hauptmann a. D. Dr. Bodo Kalltenböck als Verfasser des Buches „Armee im Schatten“ zum Ehrenmitglied ernannt.

Leonberg, 28. Juni. Den Bruder durch einen Schuß verlegt. Zwei im Kamel ein Wochenendhaus bewohnende Brüder Jakob und Benjamin Kraus aus Stuttgart hantierten mit einer 9 Millimeter-Zimmerflinte, wobei dem 23jährigen Jakob Kraus ein Schuß losging.

Beihingen O.A. Nagold, 28. Juni. Tragischer Tod eines Kindes. Das fünfjährige Söhnchen des Milchhändlers Wilhelm Bohnet fiel heute vormittag so unglücklich auf einen Schubstapler, daß ihm der Kehlkopf zerriß und das Blut sich sofort in den ganzen Körper ergoß.

Vaihingen-Enz, 28. Juni. Erstickt. Der Gelegenheitsarbeiter Emil Reichert war damit beschäftigt, Abortbrühe auf den Garten hinter dem Krankenhaus zu tragen.

Ulm, 28. Juni. Raubüberfall. Montag vormittag wurde auf der Straße von Ermingen-Harthausen-Söflingen ein etwa 20 Jahre altes Mädchen, das auf den Zug nach Ulm gehen wollte, um eine Stelle in Stuttgart anzutreten, von einem älteren Mann, der ein Fahrrad neben sich her führte, angeprochen und nach dem Weg nach Klingenstein gefragt.

Vor dem Schnellrichter. Wie feinerzeit berichtet, wurde die auf 11. Juni anberaumte Zwangsversteigerung des Geschäfts (elektrische Apparate und Artikel) von Landwirt Wagner in Bermatingen O.A. Bsaubeuren gewaltfam verhindert.

Vom Ries, 28. Juni. Postgehilfe Pfeilschifter verhaftet. Der Postgehilfe Pfeilschifter, der beim Postamt Wemding Unterschlagungen begangen hat und seit April flüchtig ist, konnte nunmehr in Randel (in der Pfalz) festgenommen werden.

Keutlingendorf O.A. Niedzingen, 28. Juni. Brandstiftungsversuch. In der Scheune des Gregor Mühlhieser wurde unter Strohbüscheln eine brennende Kerze gefunden.

Isny, 28. Juni. Rücksichtsloser Autofahrer. In der Nacht auf Montag befanden sich vier junge Burken, die in Aigelshofen beschäftigt sind, auf dem Heimweg von Nimpach nach Aigelshofen.

Friedrichshafen, 28. Juni. Die 250. Fahrt des „Graf Zeppelin“. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute früh 8.25 Uhr unter Führung von Kapitän Lehmann zu seiner 250. Fahrt aufgestiegen.

Frozheim, 28. Juni. Mühlenbrand. In Niefern ist heute nacht die Kirchbachmühle von Viktor Gregel am Drisausgang nach Deßelbronn abgebrannt.

Sigmaringen, 28. Juni. Vom hohenzoll. Kom. muna allandtag. Der Landesauschuss hat zum Ersatzmann von Redaktor Friedrich Wallishäuser in Hechingen im Kommunallandtag Studienrat Paul Bollig in Sigmaringen bestellt.

Württembergische Landestheater

Als letzte Inszenierung der Spielzeit bereitet das Schauspiel Hauptmanns „Rose Bernd“ mit Milla Kopp in der Titelrolle vor.

Lokales.

Wildbad, den 29. Juni 1932.

Landestheater. Heute Abend zum ersten Male die Tanz- und Schlageroperette „Betler aus Dingsda“ mit Hertha Witt, Hans Günther und Karl Kappel in der Hauptpartien.

Sizung des Gemeinderats

am 28. Juni 1932.

Anwesend: Vorsitzender und 16 Mitglieder, sowie 2 Zuhörer.

1. Beratung und Feststellung des Voranschlages des Gemeindehaushalts für 1932.

Der Voranschlag des Gemeindehaushalts für 1932, der gemäß Art. 168 der G.-O. vom 21.-27. Juni ds. Js. zur Einsicht öffentlich aufgelegt war und am 21. Juni jedem Stadtrat zugestellt wurde, kam gestern in öffentlicher Sitzung des Gemeinderats zur Beratung und Feststellung.

Der Vorsitzende Bürgermeister Baehner, der schon in der letzten Sitzung vom 21. Juni ds. Js. einige Erläuterungen zu dem Voranschlag gegeben hatte, machte hiezu folgende weitere Ausführungen:

Die miffliche Lage der Städte und Gemeinden hat sich gegen das Vorjahr noch mehr verschärft und wirkt sich in unserer kleinen Badestadt besonders schwer aus, weil wir hier neben dem durch die wirtschaftliche Not bedingten Rückgang des Badebetriebs als waldbesitzende Gemeinde auch noch durch die großen Einnahmeausfälle aus dem Waldbesitz schwer betroffen werden.

Der Ihnen heute vorliegende Voranschlag des Gemeindehaushalts für 1932 zeigt unter diesen Umständen kein erfreuliches Bild. Wenn es nicht ganz so schlimm ausgefallen ist, wie wir zu Beginn des Jahres befürchten mußten, so dürfen wir dies ohne Ueberhebung den vom Gemeinderat und der Stadtverwaltung seit 2 Jahren vorgenommenen energischen Sparmaßnahmen zuschreiben.

Nach dem Voranschlag für 1932 betragen die Gesamtsummen der Ausgaben 892 620 RM gegen 1 042 940 RM, somit weniger 150 320 RM, die Gesamtsumme der Einnahmen 581 820 RM gegen 743 440 RM im Vorjahr, somit weniger 161 620 RM, der Abmangel 310 800 RM gegen 299 500 RM. Bezüglich einzelner Zahlen des Voranschlages ist zu bemerken:

Gebäudebesitz.

Die Einnahme aus Mietzinsen ist mit 25 500 RM eingestellt, also um 5 500 RM niedriger als im Vorjahr. Hier kommt die allgemeine Senkung der Mieten durch Notverordnung um 10% zur Auswirkung, außerdem ist für nicht eingehende Mieten ein entsprechender Betrag abgezogen worden.

Waldbesitz.

Der Rückgang der Holzpreise hat sich im verflossenen Jahr fortgesetzt, scheint aber jetzt zum Stillstand zu kommen. Während noch 1931 205 300 RM Einnahmen aus dem Wald eingestellt werden konnten, können heuer auf Grund der schon getätigten Holzverkäufe nur 144 900 RM eingestellt werden.

Die seitherige Taktik bei den Holzverkäufen, die ordentliche jährliche Nutzung in kleineren Posten zu fällen und möglichst rasch an den Mann zu bringen, oder erst zu fällen, wenn sich ein Käufer zeigt, hat sich bisher bewährt, und soll auch künftig bis zum Eintritt besserer Abfahrverhältnisse eingehalten werden.

Gasfabrik.

Da infolge der wirtschaftlichen Not mit einem weiteren Zurückgang des Gasverbrauches gerechnet werden muß, kann für 1932 nur mit einem Verbrauch von 216 500 Kubikmeter (Vorjahr 260 000 Kubikmeter) gerechnet werden, wozu noch der Verbrauch der Stadtgemeinde für Straßenbeleuchtung usw. mit 24 000 Kubikmeter kommt.

Elektrizitätswert.

Auch hier ist der Stromverbrauch erheblich zurückgegangen. Es sind vorgesehen 190 000 kWh. Lichtstrom (Vorjahr 239 000) und 104 000 kWh. Kraftstrom (Vorjahr 135 000). Die Gesamteinnahme aus dem Elektrizitätswert konnte infolgedessen und infolge der eingetretenen Strompreiserhöhung nur mit 108 000 RM gegen 148 600 RM in den Voranschlag eingestellt werden.

von 30 auf 28 Pfg. und von 20 Pfg. auf 19 Pfg. Für den Maschinenneuerungsfonds anstelle einer Maschinenversicherung sind 2.500 RM und für die Installation der zweiten Leitung von Teinach her über Calmbach, Höfen 3000 RM in den Voranschlag eingestellt.

Wasserwerke.

Die im Vorjahr eingestellte Summe für Wasserzinsen wurde nicht ganz erreicht. Es konnten 1932 deshalb nur 26.800 RM für Wasserzinsen eingestellt werden gegen 32.500 RM im Vorjahr. Die Ausgaben erschienen mit 6.029 RM gegen 9.510 RM im Vorjahr. Zu diesen Betriebskosten kommen noch die unter Kap. 1 7 Geldvermögen verrechneten Schuldzinsen der für Wasserleitungsbauten aufgenommenen Darlehensbeträge.

Schlachthaus.

Die neue Kühlanlage mit Erweiterung der Vorkühllinie ist nunmehr fertiggestellt und im Betrieb. Es ist damit eine Einrichtung geschaffen worden, die allen Ansprüchen genügt. Infolge Ermäßigung der Schlachthausgebühren und Rückgang der Schlachtungen konnten die Einnahmen aus dem Schlachthaus nur noch mit 9.040 RM gegen 11.350 RM im Vorjahr in den Voranschlag eingestellt werden, die Ausgaben mit 3.520 RM und 3.100 RM Aufwand für Fleischbeschau gegen 4.900 RM und 3.500 RM im Vorjahr. Nicht eingerechnet ist hierbei der Strom- und Wasserverbrauch für die Kühlanlage und den Schlachthausbetrieb, der schon 1930 mit der alten Kühlanlage 3.226 RM betrug.

Fürsorgewesen.

Die Fürsorgewesen haben sich wie überall beträchtlich auch hier gesteigert. Während noch 1931 insgesamt 58.810 RM in den Voranschlag eingestellt wurden, müssen 1932 insgesamt 76.070 RM, wovon neu 30.000 RM für Wohlfahrtsunterstützungen, vorgezogen werden. Es erscheint dabei fraglich, ob man damit auskommt. In Einnahme stehen 14.000 RM gegen 15.000 RM im Vorjahr als teilweise Erfolge des Bezirksfürsorgeverbands für die diesem obliegenden Fürsorgeaufgaben.

Die Auswirkungen der neuen Notverordnung auch nur schätzungsweise anzugeben, ist unmöglich. Zweifellos haben aber die Städte und Gemeinden mit einer weiteren Mehrleistung zu rechnen, denn jede Kürzung der Dauer der Arbeitslosenfürsorge und der Unterstützungsfähigkeit geht auf Kosten der Städte und Gemeinden, namentlich in solchen Städten und Gemeinden, deren Unterstützungslage eine weitere Kürzung nicht vertragen, wie es hier der Fall ist.

Die Schulen.

Der Gesamtaufwand für die Schulen, für Erziehung und Bildung hat sich durch Gehalts- und Stellenabbau noch weiter ermäßigt von 92.690 RM im Jahr 1930 und 87.670 RM im Jahr 1931 für 1932 auf 68.130 RM. Auch die Einnahmen sind zurückgegangen von 14.580 RM im Vorjahr auf 11.800 RM für 1932.

Der Aufwand für Vermittel wurde von 3.030 RM im Vorjahr auf 2.350 RM ermäßigt. Das Gesuch um einen Beitrag zu den Lehrgeldern blieb auch 1931 wieder erfolglos. Es ist dies befremdlich, da manche Gemeinden einen Staatsbeitrag erhielt, die sich in günstiger Lage befinden als Wildbad. Ein Gesuch um einen Staatsbeitrag soll deshalb auch 1932 wieder eingereicht werden.

Straßen und Wege.

Bei der Unterhaltung der Straßen und Wege wurde auch 1931 nur das Nötigste ausgeführt und auf eine weitere Senkung der Ausgaben hingearbeitet, soweit sich dies mit der Eigenschaft unserer Stadt als Bad und Kurort verträgt. Für 1932 sind für die Straßenunterhaltung usw. insgesamt 72.800 RM eingestellt gegen 81.600 RM für 1931 und 86.700 RM im Jahr 1930.

Werbung für das Bad.

Die von der Stadt und Badverwaltung gemeinsam mit hälftiger Kostentragung durchgeführte Werbung für das Bad erfordert 1932 wieder 38.500 RM einschließlich des dem Kurverein bewilligten jährl. Beitrag von 4.000 RM können infolge des Rückgangs der Fremdenfrequenz für Kurtaganteil nur 20.000 RM in Einnahme gestellt werden gegen 22.500 RM im Vorjahr.

Bergbahn.

Da 1932 mit einem weiteren Rückgang der Benützung der Bergbahn zu rechnen ist und die Preise für die Abonnements und Frachten ganz erheblich herabgesetzt wurden, konnten die Einnahmen an Fahrgeldern und Frachten nur mit 65.140 RM eingestellt werden gegen 79.650 RM im Vorjahr. Die Gesamtausgaben betragen 79.650 RM gegen 83.400 RM im Vorjahr. Es ergibt sich damit ein Abmangel von 14.500 RM. Besserer soll dadurch ausgeglichen werden, daß die in den Voranschlag pro 1932 eingestellte Zuweisung zum Erneuerungsfonds in Höhe von 15.000 RM um 14.500 RM gekürzt wird, also für 1932 auf 500 RM festgesetzt wird, womit der Voranschlag der Bergbahn ausgeglichen ist. Es ist bedauerlich, daß für heuer und vielleicht auf die nächsten Jahre infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage mit Ueberschüssen der Bergbahn nicht mehr gerechnet werden kann.

Abmangeldeckung.

Wie aus den bisherigen Ausführungen hervorgeht, ist der Voranschlag für 1932 mit größter Sparsamkeit aufgestellt. Wenn es gelang, die Gesamtausgabensumme erheblich zu senken nämlich auf 892.620 RM gegen 1.042.940 RM und 1.100.930 RM im Jahr 1930, so ist dies eine Leistung, die zeigt, daß der Gemeinderat und die städt. Ämter anhaltend bestrebt waren, wo es irgend geht, zu sparen. Beinahe alle Ausgabensummen wurden herabgesetzt mit alleiniger Ausnahme des Aufwands für die Amtskörperschaftsumlage und für die Fürsorgekosten, sowie für die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung, die bekanntlich 1931 auf 6 1/2% erhöht worden sind. Der Rückgang der Einnahmen bei den werbenden Anlagen der Stadt hängt, wie schon oben gesagt worden ist, mit den wirtschaftlichen Verhältnissen und den Preis- und Tarifierkennungen zusammen. Der errechnete Abmangel von 310.800 RM würde eine Umlage von rund 31 1/2% der Ertragskataster erfordern, wenn der ganze Betrag durch Umlage gedeckt werden müßte. Hierbei ist zu bemerken, daß die 3 Posten Amtskörperschaftsumlage mit 75.000 RM, der Fürsorgeaufwand abzüglich Erfolge mit 58.440 RM und die Schulkosten mit 56.330 RM zusammen 189.770 RM allein eine Umlage von rund 19% ausmachen.

Da die Erhebung einer Gemeindeumlage von 30% bei dem jetzigen schlechten Geschäftsgang unmöglich ist, muß der Ausgleich des Voranschlags des Gemeindehaushalts auf anderem Weg gesucht werden. Eine Ueberschreitung des vorjährigen Umlagefußes von 20% sollte m. Er. unter allen Umständen vermieden werden. Bedauerlich ist, daß für die städtischen Werke (Gas- und Elektrizitätswerk) auch heuer nicht die erforderlichen Zurückstellungen und Abschriebe gemacht werden können. Es besteht aber die Aussicht, daß, wenn auf dem bisherigen Weg der Ausgabenreduzierung fortgeschritten wird, solche Rücklagen möglich werden, sobald die Holzpreise wieder anziehen.

Die Ausgleichung des Abmangels ist für 1932 dadurch besonders erschwert, daß man nicht mehr auf Ueberschüsse der Bergbahn zurückgreifen kann. Hoffentlich ist diese unerfreuliche Tatsache nicht von langer Dauer und sehen wir bald einer Besserung des Fremdenverkehrs entgegen.

Es wird vorgeschlagen, den Abmangel von 310.800 RM zu decken:

1. durch Erhebung einer Gemeindeumlage von 20% der Ertragskataster aus rund 1.000.000 RM Kataster	200.000 RM
2. durch Schuldentilgungsrückstellung	1.666 "
3. durch Verwendung vorhand. Restmittel	15.248 "
4. durch Verwendung weiterer Restmittel, die bei Genehmigung des bei der Bürt. Notenbank aufgenommenen Lombarddarlehens als Darlehensschuld entstehen	30.000 "
5. durch Schuldentilgungstellung der Südd. Festwertbank	4.653 "
	251.567 RM

Es bleiben somit noch ungedeckt 59.233 RM zu deren Aufbringung um einen Zuschuß aus dem Ausgleichsstock und um einen Staatsbeitrag zu den Befoldungsbezügen der Lehrkräfte an der Volksschule nachgefragt werden.

Nach Verlesen des ganzen Voranschlags durch Rechnungsrat Schmid bzw. durch den Vorsitzenden und nach eingehender Beratung, an der sich beinahe sämtliche Mitglieder des Gemeinderats beteiligten, wurde mit 12 gegen 4 Stimmen (Bott, Baidelich, Billig, Gall) beschlossen, den Voranschlag zu genehmigen und festzustellen und die vorstehenden Anträge bezüglich Deckung des Abmangels zum Beschluß zu erheben.

Die Gesuche um Beiträge aus dem Ausgleichsstock und zu den Lehrgeldern wurden verlesen und unterzeichnet.

Die eigentliche Aussprache über die Voranschlagsberatung und die Vorbehaltserklärung, die die Herren Stadträte Brigelmayer, Strasser, Schill, Kiof und Frischke, vor ihrer Zustimmung zu dem Voranschlag abgaben, werden wir morgen in einem besonderen Schlussartikel bringen.

Die älteste Einwohnerin von Wildbad Frau Johanna Brachhold We., kann morgen im Kreise ihrer Angehörigen ihren 90. Geburtstag feiern. Die Greisin ist körperlich und geistig noch sehr rege, macht sich täglich im Haushalt nützlich, liest mit großem Interesse ihre Zeitung und macht noch jeden Tag ihr Spaziergängen. Wäge der Jubilarin betreut von ihren Lieben ein weiteres Dezennium beschieden sein. Unsere herzlichsten Glückwünsche begleiten sie!

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Die Todesopfer der spinalen Kinderlähmung in Groß-Ottersleben. Die spinale Kinderlähmung, die im benachbarten Groß-Ottersleben ausgebrochen ist, hat ihr erstes Todesopfer gefordert. Eines der kranken Kinder ist im Magdeburger städtischen Krankenhaus gestorben. Die Seuche hat auch auf Magdeburg übergegriffen. Eine Anzahl erkrankter Kinder wurde in das Krankenhaus eingeliefert.

Die Schweiz sperrt deutsche Kohleneinfuhr. Die schweizerische Zollverwaltung hat die Grenze für die deutsche Kohleneinfuhr gesperrt mit der Begründung, daß die Kontingente im Monat Mai stark überschritten wurden.

Das nationalsozialistische „Hamburger Tageblatt“ verboten. Das nationalsozialistische „Hamburger Tageblatt“ ist auf die Dauer von 5 Tagen verboten worden. Das Verbot erfolgte wegen einiger Bemerkungen in einem Artikel: V. Gapl, der Zauderer.

Autounfall bei Brüg. — Vier Tote, zwischen Aö m ö t a u und Brüg stürzte ein mit fünf Personen besetzter Kraftwagen in einer scharfen Kurve in den Straßengraben. Der Wagen wurde vollkommen zertrümmert. Vier Insassen sind kurz nach dem Unfall ihren Verletzungen erlegen.

Ueberschwemmungskatastrophe in Rumänien. Die starken Regengüsse in ganz Rumänien haben zu großen Ueberschwemmungen geführt. Eine ganze Reihe von Eisenbahnen sind außer Betrieb. In der Moldau, in der Bukowina und in Siebenbürgen sind zahlreiche Brücken weggeschwemmt. In einigen Dörfern wurden fast alle Häuser von den Wasserfluten fortgetragen. In einem Dorf in der Moldau ertrank eine achtköpfige Familie, in der Bukowina eine sechsköpfige Familie. Zweifellos sind noch mehr Opfer zu beklagen; doch ist ein Ueberblick über das Gesamtausmaß der Katastrophe noch nicht möglich.

Handel und Verkehr

Abbau von Getreide und Frühkartoffeln im Deutschen Reich
Rückgang des Weizen-, Zunahme des Roggenanbaus

Die diesjährige Anbauflächenenerhebung hat nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts folgenden Umfang des Getreidebaus ergeben: Winterroggen 4,38 Millionen Hektar, Sommerroggen 68.000 Hektar, Winterweizen 1,97 Millionen Hektar, Sommerweizen 304.000 Hektar, Spelz und Emmer 113.000 Hektar, Wintergerste 247.000 Hektar, Sommergerste 1,32 Millionen und Hafer 3,28 Millionen Hektar. Gegenüber dem Jahr 1931 ist der Roggenanbau, der im Vorjahr zurückgegangen war, wieder um 1,9 Prozent gestiegen, während sich der Anbau von Weizen nach der starken Zunahme des Vorjahres weiterhin um 5,1 Prozent gesenkt hat. Auch bei Wintergerste ist eine weitere Vergrößerung des Anbaus eingetreten, und zwar um 8,9 Prozent. Hingegen hat sich die Bestellung mit Sommergerste um 4,9 Prozent und Hafer um 2,5 Prozent verringert. Der Anbau von Emmer und Spelz ist weiterhin gering zurückgegangen. Seit der Umstellung des Getreidebaus im Jahr 1930 hat die Bestellung mit Weizen insgesamt um 27,8 Prozent zugenommen, der Anbau von Roggen aber um 5,6 Prozent abgenommen. Bei Gerste ist eine Erweiterung des Anbaus um 3,4 Prozent, bei Hafer eine Abnahme um 4,7 Prozent eingetreten. Der Anbau von Frühkartoffeln stellt sich für 1932 auf rund 251.000 Hektar, d. i. um annähernd 3,6 Prozent mehr als im Vorjahr.

Berliner Pfundkurs, 28. Juni, 15,185 B., 15,185 B.
Berliner Dollarkurs, 28. Juni, 4,209 B., 4,217 B.
Dr. Abt.-Anl. 35,50, ohne Ausl. 3,55.
Picaodiskont 4,75 v. H. kurz und lang.
Württ. Silberpreis, 28. Juni, Grundpreis 40,90 RM, d. Kg.
Diskontherabsetzung in Ungarn. Der Generalrat der Ungarischen Nationalbank hat beschloffen, den Diskontsatz von 6 auf 5 Prozent und den Lombardzinsfuß von 6,5 auf 5,5 Prozent herabzusetzen.

Russische Viehläufe. Der Ankauf von Braunviehfarren durch eine russische Kommission findet am Montag, den 4. Juli, je nach der Zahl der einkaufenden Anmeldeungen, mittags 12 Uhr in Wiberach und nachmittags 2 Uhr in Saupheim statt. Gekauft werden sprungfähige Farren im Alter von 18—22 Monaten mit einer mütterlichen Milchleistung von mindestens 3100 Liter Milch mit nicht unter 3,7 Prozent Fett. Großmütterliche Milchleistung sollte ebenfalls angegeben sein.

Wohlfahrtswertzeichen. Die Gültigkeit der Wohlfahrtswertzeichen zum Freimachen von Postsendungen ist bis Ende August verlängert worden.

Das Wetter

Ueber Mitteleuropa hat sich ein Hochdruckgebiet gebildet. Unter seinem Einfluß ist für Donnerstag und Freitag vielfach heiteres, aber zu Gewitterstürmen geneigtes Wetter zu erwarten.

Wildbad.

Dienächste Mütterberatungsstunde
findet heute Mittwoch, 29. Juni, nachm.

2—3 Uhr im alten Schulhaus statt.
Schw. Ottilie Ueber, Bezirksfürsorgerin.

Evangel. Kirchenpflege

Die abgeschlossene Kirchenpflegerechnung 1930 und der Haushaltsplan für 1932 sind von heute an acht Tage lang zur Einsichtnahme der Kirchengemeindegemeinden in meinem Amtszimmer aufgelegt.

Wildbad, den 29. Juni 1932

Der Vorsitzende des Kirchengemeinderats:
Dauber.

Führende Zweckparhase
mit günstigen Tarifen u. kurzer Wartezeit sucht **tüchtige Mitarbeiter** gegen allerhöchste evtl feste Bezüge bei weitgehender Unterstützung durch die Zentrale. Angebote mit näh. Angaben erbeten an „Deutsches Kapital- und Mobiliatgef. m. B. S., Hamburg 36, Neuerwall 75.

Macht es Ihnen Freude
Ihre Kinder in guten Konzerten in der Oesentlichkeit spielen zu hören? Dann überlassen Sie diese zur gründlichen Ausbildung der **Wildbader Musik-Schule**
Charlottenstraße 40.

4 spottbillige Nudel-Tage

Die Grenze der Billigkeit:
2 Pfd. Eier-Malfaroni nur 79 ¢
2 „ Eier-Spaghetti nur 79 ¢
2 „ Eier-Vandunbuden nur 79 ¢
2 „ Eier-Hörnchen, grob nur 79 ¢
2 „ Eier-Suppernudeln grob nur 79 ¢
Beste Qualitäten in Beutelpackung!
2 Pfd. Hartgriemnudeln nur 68 ¢
2 „ Hartgriemalfaroni nur 68 ¢

Feinstes Nischobist mit 50% Edelobst 1 Pfd. nur 48 ¢

Rehl-Sondermahlungen: Bestes Konfettauszugmehl Beutel 4 Pfd. nur 1.— Bestes Bollweizenmehl Beutel 4 Pfd. nur 92 ¢

8 vollfrische Eier nur 50 ¢

Diese Preise haben nur vier Tage Gültigkeit!
Thams & Garfs

Neue ital. Kartoffeln

3 Pfd. 28 ¢

Fam. aus Nordd.
2 Erw., 2 Kind. 7 u. 8 J., sucht für Juli in Wildbad **Pension, vier Mahlz.**
Off. m. Preisang. u. F. W. 9055 an Ala Haasenstein & Vogler, Frankfurt a. M.

Möbl. Zimmer

mit zwei Betten, mit voller Küchenbenützung, für vier Wochen im Juli oder August **gesucht.**
Angebote unter Preisangabe an Stud.-Off. Keften, Frankfurt a. M., Niedenau 56 II.

Landeskurtheater

Direktion: Steng-Krauß
Fernsprecher 535
Anfang jeweils abends 8 Uhr
Mittwoch den 29. Juni
Vetter aus Dingsda
Operette
Donnerstag den 30. Juni
Ständchen bei Nacht
Lastspiel
Freitag den 1. Juli
Das Dreimäderlhaus
Singspiel
Samstag den 2. Juli
Liebelei
Schauspiel

Salatgurken
große Stück 18 ¢
extra große 22 ¢

8 Stück Frühheringe
3 Pfd. Kartoffeln zusammen nur 40 ¢

Neue Matjesheringe
Stück 10 ¢

Salatöl 55 ¢
offen Lit. von 55 ¢ an

In unseren neuen praktischen Einheitsflaschen mit Schraubdeckel
große Flasche 50 u. 60 ¢
kleine Flasche 30 ¢

Simbeerjast in unseren Einheits-Flaschen mit Schraubdeckel
Zitronenjast mit Zucker
Orangeade

große Flasche 1.10
kleine Flasche 50 ¢

.. und Rabattmarken

Pfannkuch

